

Freies Wort

Ressort Hildburghausen Lokal

Erschienen am 18.12.2009

Stadtrat / Neue Hildburghäuser Satzungen für Kita-Gebühren, Hunde und Grundsteuer mehrheitlich beschlossen

Beitrag für die Kitas alles inclusive

Von Waltraud Nagel

Hildburghausen - Dass die Stadträte in ihrer Sitzung am Mittwochabend in Sachen neuer Kita-Gebühr nicht auf einen Nenner kommen werden, war schon von vornherein klar. Dabei beriefen sich sowohl die Gegner der Neugestaltung dieser Gebühr als auch deren Befürworter darauf, im Interesse der Eltern und insbesondere sozial schwacher Familien zu handeln. Klar war jedoch allen auch, dass unterm Strich eine Mehreinnahme fürs Stadtsäckl stehen muss. Habe die Stadt 2007 noch rund 700 000 Euro für ihre Kindertagesstätten zugeschossen, so seien es in diesem Jahr schon 1,4 Millionen Euro, so Bürgermeister Steffen Harzer. Die Elternbeiträge blieben dagegen stabil. Er verwahre sich gegen den Vorwurf, die Stadt tue nichts für die Kita. "Die Kinder sind uns lieb, aber auch teuer", so Harzer.

Mit 14 Ja- gegen neun Nein-Stimmen wurde die von Bürgermeister Harzer eingereichte neue Satzung schließlich beschlossen. Sie soll schon zum 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten.



Sieht die neue KITA - Gebühr als sozial nicht ausgewogen:
Frank-Michael Czaplá (Freie Wähler)
Foto: ehrlichbild.com

Statt bisher 80 Euro sollen dann die Benutzungsgebühren 120 Euro für ein Kind ab dem zweiten Lebensjahr betragen, für die Ein- bis Zweijährigen wurden auf Grund des höheren Betreuungsaufwandes 145 Euro angesetzt. Allerdings - und das war der Hauptstreitpunkt in der Debatte - haben die Eltern dann für ihre Kleinen eine Art All-Inclusive-Paket: Neben Betreuung und Erziehung schließt es auch das warme Mittagessen mit ein. Die gesonderte Kassierung des Essengeldes, wie sie bisher üblich war, entfällt.

"Das war ein riesiger bürokratischer Aufwand für die Verwaltung", wie Harzer betonte.

Schon in der Einwohnerfragestunde waren gerade in diesem Punkt Bedenken angemeldet "Was ist, wenn Kinder nicht mitessen wollen oder können auf Grund einer Allergie?", so eine Frau. Auch dann müsse bezahlt werden, weil die Essensversorgung nicht als Einzelbestandteil der neuen Gebühren ausgewiesen werde, so Harzer.

Gebühren als Gesamtpaket

Bürgermeister Harzer sieht gerade in dem "Gesamt-Paket" ein Entgegenkommen auch für sozial schwache Eltern. So hätten alle Kinder die Möglichkeit ein warmes Mittagessen einzunehmen. Sozial Schwache hätten die Möglichkeit, beim Landratsamt Unterstützung für die Kinderbetreuung zu beantragen. Finanziell besser Gestellte könnten die Betreuungskosten von der Steuer absetzen. In der Stadt Schleusingen, die immer so als Vorbild gelte, sei das Essengeld übrigens schon lange abgeschafft und dafür die Gebühren erhöht worden. Das klappe dort bestens. CDU-Fraktionsvorsitzende Brigitte Wütscher griff das Thema noch einmal auf: "Von 232 Kindern essen 46 Kinder nicht mit. Bei einem Preis pro Essen von 1,70 Euro sind das aufs Jahr gerechnet rund 20 000 Euro für die Stadtkasse. Die Eltern dieser Kinder haben also für das gleiche Geld weniger Leistung. Das ist doch auch nicht gerecht", legte sie ihre Überlegungen dar. Sie habe nichts gegen eine Erhöhung der Kita-Gebühren, machte sie noch einmal ausdrücklich gegenüber Freies Wort klar. Und sie sei überzeugt, dass die meisten Eltern auch nichts dagegen hätten, zehn Euro mehr zu bezahlen. Aber Betreuung und Essen sollten getrennt bleiben. Daher habe sie und Fraktionskollegin Susann Zuber auch gegen die Vorlage gestimmt.

Frank-Michael Czaplá ließ das geschlossene Nein seiner Freie-Wähler Fraktion nach der Abstimmung ausdrücklich im Protokoll festhalten. Die Gebühr sei sozial nicht ausgewogen und stehe im Gegensatz zu dem neuen Begrüßungsgeld für Neugeborene.

Bald Chip statt Hundemarke

Weniger kontrovers verlief die Debatte zur neuen Hundesteuersatzung für Hildburghausen. Veterinärämtsleiter Markus Overhoff hatte in einem Zeitungsbeitrag noch mal darauf hingewiesen, dass die Gefährlichkeit eines Hundes nicht allein von seiner Rasse abhängt. Diese Aussage der Thüringer Gefahrenhundeverordnung sei selbstverständlich auch in der neuen Satzung integriert, betonte Harzer. Darüber hinausgehend seien jedoch

in der Hildburghäuser Satzung Hunderassen aufgeführt, "die für uns wegen ihrer Züchtungsmerkmale von vornherein als gefährlich gelten - auch ohne Wesenstest". Das sei auch mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Man habe sich an die Erfurter Hundesatzung angelehnt. "Wir wollen damit natürlich auch verhindern, dass zu viele gefährliche Hunde in der Stadt gehalten werden."

Die Stadt wolle zudem die Chip-Pflicht einführen. Den Tieren solle ein Chip implantiert werden, so dass mit einem Lesegerät jederzeit festgestellt werden könne, wem der Hund gehöre. Das koste ebenso Geld, wie die Hundewiese, die speziell für die Vierbeiner in Nähe des Stadtzentrums hergerichtet wird. Hier können die Tiere dann frei laufen. "So kommen wir dem Ziel näher, unserer Schlosspark hundefrei zu halten", erklärte Harzer. Dass Leute nun wegen der höheren Gebühren, Hunde illegal halten, sei zwar zu befürchten. Doch wolle man dem mit Kontrollen entgegenreten. CDU-Stadträtin Brigitte Wütscher beantragte, in der Satzung aufzunehmen, dass auch für ausgebildete Jagdhunde eine Steuerermäßigung beantragt werden könne. Dem stimmten die Mehrzahl der Stadträte zu. Ihr zweiter Vorschlag, den ersten Hund nur mit 50 statt mit 60 und den zweiten dafür mit 100 statt mit 90 Euro zu besteuern, wurde jedoch knapp abgelehnt.

Die neue Hundesatzung wurde insgesamt mit 20 Ja-Stimmen beschlossen. Nur ein Stadtrat stimmte dagegen, vier enthielten sich der Stimme.

Für Häuser mehr zahlen

Mit 14 gegen acht Stimmen bei drei Enthaltungen wurde auch der Erhöhung der Grundsteuer B zugestimmt. Hier soll der Hebesatz für Privatgrundstücke von 320 auf 350 von Hundert steigen. Bürgermeister Harzer erinnerte daran, dass 2007 die Gewerbesteuer im Zusammenhang mit einer geplanten Kita-Gebührenerhöhung schon einmal angehoben worden war - weil die Unternehmen auch was davon haben, wenn es gute Kitas in der Stadt gibt. Die höheren Elternbeiträge sei jedoch dann nicht wirksam geworden.